

Friedensbildung, Demokratie und Entwicklung in Afrika: Ein Aufruf zu aktivem Bürgertum in Sub-Sahara Afrika

INTERNATIONALER INTERRELIGIÖSER DIALOG IN TANSANIA

„Frieden ist ein täglicher, ein wöchentlicher, ein monatlicher Prozess; ein graduelles Umdenken, ein langsamer Abbau von Barrieren und die lautlose Errichtung neuer Strukturen.“ - so zitierte Dr. Gharib Bilal, Vizepräsident der Vereinigten Republik Tansania, in seiner Eröffnungsrede am ersten Tag eines internationalen interreligiösen Dialogs in Tansania den ehemaligen US-Präsidenten J.F. Kennedy. Vom 5. bis 8. Mai tagten Vertreter unterschiedlicher religiöser Gruppen aus Äthiopien, Kenia, Nigeria, Südafrika und Tansania in Dar es Salaam, um gemeinsam über Frieden, Demokratie und Entwicklung in der Region Subsahara-Afrika zu beraten.

Ziel der Veranstaltung, die vom Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Tansania, dem Lutherischen Weltbund und der evangelisch-lutherischen Kirche Tansania organisiert wurde, war die Erarbeitung einer gemeinsamen interreligiösen Erklärung zum Thema. Unter den Teilnehmenden waren auch hochrangige Vertreter der vier größten politischen Parteien Tansanias und so wurde neben dem religiösen, auch ein politisches Zeichen gesetzt.

Umdenken

Auf diesen Umstand nahm auch Dr. Bilal Bezug, indem er erklärte, es sei nun an der Zeit, dass politische und religiöse Führer gemeinsam handelten. Voraussetzungen für eine erfolgreiche Zusammenarbeit seien dabei gegenseitiges Vertrauen, Toleranz und Transparenz, Zeit und Energie, großes Engagement, offene Kommunikation sowie die Mobilisierung finanzieller und nicht-

finanzieller Ressourcen. Der Vizepräsident forderte ein breites Umdenken.



Vizepräsident Bilal begrüßt Prof. Juma Mikidadi von der Muslimischen Universität Morogoro

Niemand sage, dass es leicht sein werde, ermutigte er die Teilnehmenden, aber gemeinsam können wir es schaffen! In diesem Sinne gratulierte er den Organisatoren für die Initiierung der Veranstaltung, erbat, über die Ergebnisse informiert zu werden und wünschte allen Teilnehmenden eine erfolgreiche Tagung. Sheikh Abubakar Zubeir, der in Vertretung des Tansania Festland Muftis anwesend war, übernahm es schließlich, dem Vizepräsidenten im Namen aller herzlich zu danken und versprach, dass man ihn auf dem Laufenden halten werde.

Nach der feierlichen Eröffnung des Dialogs, der auch zahlreiche Vertreter der tansanischen Medien anlockte, lud der Moderator Richard Shaba die beiden Diskutanten Raymond Saba, Generalsekretär der tansanischen Bischofskonferenz und Prof. Juma Mikidadi von der Muslimischen Universität Morogoro ein, die Rede des Vizepräsidenten zu kommentieren.

TANSANIA

KRISTINA V. KNOBELSDORFF

Mai 2014

www.kas.de/tansania**Auf lokale Gegebenheiten eingehen**

Im Anschluss nahmen die Vortragenden und Diskutanten zum ersten Thema ihren Platz auf dem Panel ein und Charles Rwechungura, frisch gewählter Präsident der Tanganjika Law Society, hielt einen Vortrag zum Thema „Nationale Verfassungen und die Glaubensfreiheit“. Er erklärte, dass die Glaubensfreiheit zwar in verschiedenen Artikeln der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen von 1948 als Grundrecht aller Menschen festgeschrieben sei, jedoch durch Interpretationen in den nationalen Verfassungen vieler Länder oft verwässert werde. Rwechungura warnte, dass dort, wo Verfassungen geschrieben würden, ohne Bezug auf die lokale Situation zu nehmen, Grundrechte oft nicht so umgesetzt würden wie von westlichen Staaten angedacht. Als Beispiele nannte er Kenia und Nigeria, die heute zwar gute und moderne Verfassungen hätten, in der Realität aber gerade hinsichtlich religiöser Konflikte großen Herausforderungen gegenüberstünden. In diesem Zusammenhang warnte er davor, dass Tansania nicht den gleichen Fehler begehen solle. Ein gutes Gegenbeispiel sei Südafrika, welches aus seiner Geschichte gelernt und die lokalen Gegebenheiten bei der Neuschreibung der Gesetzgebung miteinbezogen habe.

Abschließend betonte der Anwalt aber, dass nicht allein die Existenz von Rechten auf dem Papier entscheidend sei sondern vor allem, wie sie geschützt würden und wie politische Entscheidungsträger mit ihnen umgingen.

Mit Dr. Helen Kijo-Bisimba, der langjährigen Direktorin des tansanischen Human and Legal Rights Center, als DiskutantIn wurde der Vortrag hochkarätig kommentiert. Sie ging besonders auf den letzten Punkt Rwechunguras ein und bestätigte, dass Tansania viele gute Rechte und Vorschriften zum Schutz der Rechte seiner Bürger habe, das Problem aber die Umsetzung und Wahrung dieser sei. Im Allgemeinen hätten Verfassungen gute Intentionen wie die Sicherung von Gerechtigkeit und Gleichheit, von Frieden und Demokratie, oft mangle es aber an ethischen Werten in einer Gesellschaft. Dr. Kijo-

Bisimba nannte zahlreiche Beispiele von Menschenrechtsverletzungen wie sie beinahe täglich in Tansania vorkämen. Dazu gehörten der Mord an Albinos oder an alten Frauen, die für Hexen gehalten würden, aber auch das Zwangsverheiraten junger Mädchen und Genitalverstümmelungen. Um dies zu ändern, müssten sich alle gemeinsam für die Wahrung der Menschenrechte einsetzen. Dafür sei auch Aufklärungsarbeit und Bewusstseinsbildung sowie eine bessere Bildung nötig. Die Kultur ethischer Werte in Tansania müsse gefördert werden, so Kijo-Bisimba.



„Mangel an ethischen Werten“, Dr. Helen Kijo-Bisimba vom LHRC

Als zweiter Diskutant nahm Dinesh Vaishnav von der Tansanisch-Asiatischen Entwicklungsgesellschaft TADA Stellung zu dem Vortrag. Auch er betonte, dass eine gute Verfassung nicht nur auf dem Papier existieren dürfe und kritisierte in diesem Zusammenhang die mangelnde Disziplin der Mitglieder in der verfassungsgebenden Versammlung, die mit ihrem Verhalten ein schlechtes Beispiel abgaben. Statt nur negativ aufzufallen, sollten sie positiven Einfluss auf die Kultur ethischer Werte der tansanischen Bevölkerung nehmen.

In Bezug auf Frieden, Entwicklung und die Bekämpfung von Armut in Tansania sehe er die Zusammenarbeit religiöser und politischer Führer als einen entscheidenden Faktor. Religion könne und müsse eine Rolle spielen bei der Sicherung des Friedens und guter Regierungsführung. Da Unfriede und Konflikte oft aus Armut resultierten, müsse diese noch entschiedener bekämpft werden.

TANSANIA

KRISTINA V. KNOBELSDORFF

Mai 2014

www.kas.de/tansania

In der folgenden Diskussionsrunde im Plenum pflichteten die meisten Teilnehmenden den Vortragenden bei und ergänzten deren Ausführungen noch um weitere Beispiele der Missachtung von Menschenrechten allgemein oder der Glaubensfreiheit konkret aus ihrem Alltag als religiöse oder politische Persönlichkeiten. Ein Teilnehmer brachte zum Ausdruck, dass man von guter Regierungsführung noch weit entfernt sei, da in Tansania Menschen von Vertretern der Staatsorgane gefoltert würden; zudem warf er den Führungseliten Egoismus vor, da sie sich nicht genügend für die Bedürfnisse und die Verbesserung der Lebensbedingungen der armen Bevölkerung einsetzten.

Die Teilnehmenden waren sich einig, dass Tansania sich aktuell auf einem falschen Weg befände und die Spannungen weiter zunehmen. Es wurde zudem angemerkt, dass man die religiösen Führer immer erst dann ernst nehmen und ihren Rat suche, wenn Probleme bereits aktuell seien. Stattdessen sollten sie regelmäßig konsultiert und ihre Einschätzung abgefragt werden. Auch sollten die beteiligten Akteure bereit sein, voneinander zu lernen, so eine Teilnehmerin, daher seien Veranstaltungen wie diese höchst angebracht.

Auch die Forderung nach einer Zusammenarbeit von religiösen und politischen Institutionen wurde unterstrichen. Dabei müsse man bedenken, so Dr. Slaa, Generalsekretär von Tansanias größter Oppositionspartei CHADEMA, dass während religiöse Führer für Menschen des gleichen Glaubens zuständig seien, die Aufgabe politischer Führer das Vereinen und Führen von Menschen unterschiedlichen Glaubens sei. Er rief die Anwesenden zu Taten auf, denn Frieden, so Slaa, könne nicht von alleine entstehen sondern sei, wie bereits vorher erwähnt, ein Prozess. Dr. Kijo-Bisimba pflichtete ihm bei und betonte, dass gerade deshalb auch religiöse Führer von sich aus aktiv werden müssten, wenn sie Missstände erkannten anstatt darauf zu warten, angesprochen zu werden.

Tag II

Das erste Panel des zweiten Veranstaltungstages beschäftigte sich mit dem Thema „Aktuelle Entwicklungen christlich - muslimischer Beziehungen in Afrika“. Der Präsentation von Dr. Johnson Mbillah vom kenianischen Programm für Christlich - Muslimische Beziehungen in Afrika PROCURA sollte anschließend von Vertretern aus anderen afrikanischen Ländern kommentiert und mit Beispielen ergänzt werden. Hierzu wurden neben Dr. Mbillah noch Dr. Peter Bartimawus aus Nigeria, Sheikh Noman Thabit Jongo aus Sansibar, Sheikh Abdullahi Abdi Ibrahim aus Kenia und Mamo Wejega aus Äthiopien eingeladen, auf dem Panel Platz zu nehmen.

Afrikanischer Mulism/Christ oder muslimischer/christlicher Afrikaner

Dr. Mbillah erklärte, es sei ein relativ neues Phänomen in Afrika, dass religiöse Unterschiede zu Konflikten führten, denn traditionell seien eher die Stammeszugehörigkeit und Land- oder Besitzdispute Auslöser von Auseinandersetzungen und Feindseligkeiten gewesen. Diese Entwicklung sei so bedauerlich wie unerklärlich, sei doch sowohl im Christentum als auch im Islam, den beiden Hauptreligionen in Afrika, die zentrale Botschaft Liebe und Frieden auf der Welt. Hinsichtlich vieler Aspekte seien gerade diese beiden Religionen gar nicht so unterschiedlich.

Als mögliche Gründe für die negativen Entwicklungen nannte Mbillah einerseits die zunehmende Politisierung von Religion und warnte vor dem Missbrauch religiöser Führer durch die Machthaber, andererseits die wachsende Beeinflussung von außen. Zudem belasteten „religiöser Nepotismus“ und „negative Solidarität“ das Verhältnis der Religionen. Hier spiele laut Mbillah das eigene Identitätsgefühl eine Rolle. Er forderte die Teilnehmenden auf, sich auch einmal selbst die Frage zu stellen: Bin ich afrikanischer Mulism/Christ oder bin ich muslimischer/christlicher Afrikaner?

Dr. Mbillah schlug vor, interreligiöse Aspekte in die Ausbildung von Geistlichen einzu-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

TANSANIA

KRISTINA V. KNOBELSDORFF

Mai 2014

www.kas.de/tansania

bringen, denn für eine Lösung des interreligiösen Problems, so der Experte, seien zunächst intra-religiöse Ansätze nötig. Zur Frage der Entwicklung Tansanias hielt er fest, dass ohne Frieden keine Entwicklung und ohne Entwicklung kein Frieden möglich sei. Es sei die Aufgabe religiöser Führer, sich dieser Herausforderung zu stellen und ihren Teil zu Frieden und Entwicklung ihres Landes und der gesamten Region beizutragen.



„Eine Frage der Identität“, Dr. Johnson Mbillah von PROCMURA

Negative Solidarität in Nigeria

Dr. Peter Bartimawus, Studiendekan des Bronoum Lutheraner Seminars in Nigeria, ergänzte die Präsentation Mbillahs anhand des Beispiels Nigerias. Hier sei die religiöse Landschaft einerseits durch die Verbreitung des Islam durch den Jihad, andererseits durch die Arbeit christlicher Missionare und die Kolonialherren geprägt worden. Letztere hätten in den Augen mancher Muslime durch das Angebot von Bildung und Gesundheitsversorgung viele Nigerianer geradezu zum Christentum gelockt. Da die Werte und somit die Lebensweise und Erziehungsformen des Westens von fundamentalistischen Vertretern des Islam oft als schändlich und falsch angesehen würden, versuchten diese nun immer öfter, die eigenen Anhänger vor diesen zu „bewahren“. Der effektivste Ansatzpunkt dem entgegenzuwirken sei die Jugend, die offen und empfänglich für radikale Ideen sei. Die größte Herausforderung diesbezüglich stelle in Nigeria heute die radikal-islamische Boko Ha-

ram dar, deren Name aus dem Hausa stamme und soviel heiße wie „Die moderne Erziehung ist eine Sünde“. Das von Dr. Mbillah erwähnte Prinzip der „negativen Solidarität“ könne auf Nigeria angewendet werden, denn viele Muslime bekannten sich zu der radikalen Gruppe, nur weil sie auch muslimisch seien.

Parteiische Medien in Kenia

Sheikh Abdullahi Abdi Ibrahim, Vorsitzender des kenianischen National Muslim Leaders Forum (NAMLEF), erläuterte seinerseits die Entwicklungen und Herausforderungen in Kenia. Als Gründe für den Ausbruch religiös motivierter Konflikte identifizierte er klar die ökonomische Situation im Land die mit der Präsidentschaft Moisi begonnen habe. Zudem habe das seit Jahrzehnten von Krieg gebeutelte Nachbarland Somalia einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die Situation. Ein Höhepunkt der Gewalttaten seien die Anschläge auf die US-Botschaft 1998 gewesen, bei denen die Leidtragenden aber vor allem Kenianer gewesen seien. Bedauerlicherweise, so Sheikh Ibrahim, hätten die kenianischen Medien Partei ergriffen und sich für eine Berichterstattung gegen den Islam entschieden, anstatt neutral zu bleiben. Dies schüre weiterhin die Uneinigkeit und die gegenseitige Ablehnung.

Eine Besonderheit in der Entwicklung der Demokratie hätte Kenia aber aufzuweisen: hier seien es letztendlich die religiösen Führer gewesen, die die Reform der nationalen Verfassung in die Hand genommen hätten. Auch der Sheikh warnte seine Mitstreiter davor, Opfer von Missbrauch für die Ziele politischer Eliten zu werden.

Sheikh Thabit Noman Jongo, Vorsitzender des Komitees Religiöser Führer für Frieden in Sansibar, ging im Anschluss auf seine Erfahrungen mit der interreligiösen Arbeit in Sansibar ein. Auch er beobachte die Politisierung von Religion und besonders des Themas Frieden. Politische Führer benutzten Frieden besonders in Zeiten von Wahlen gerne als Schlagwort, dabei seien sie es, die zu Unfrieden beitragen. Er rief die Anwesenden auf, sich auf das Wesentliche ihrer Berufung, nämlich auf Gott und den Dienst

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

TANSANIA

KRISTINA V. KNOBELSDORFF

Mai 2014

www.kas.de/tansania

an ihm, zu konzentrieren. Außerdem, so Jongo, sei es Aufgabe der geistlichen Führer, ihren Anhängern mit gutem Beispiel voranzugehen.

Mit gutem Beispiel voran: Äthiopien

Mamo Wejega, Friedensbeauftragter der äthiopischen evangelischen Kirche Mekane Yesu (EECMY) und Mitglied des äthiopischen interreligiösen Friedensrates, gab eine kurze Übersicht zur Religionszugehörigkeit in Äthiopien, wo Christen und Muslime lange Zeit in friedlicher Koexistenz gelebt hätten. In den letzten Jahren habe es zwar auch hier immer wieder einige Spannungen gegeben, durch die Gründung des landesweit sehr aktiven Friedensrates sei diesen glücklicherweise aber rechtzeitig entgegengewirkt worden. Wejega umriss die Aktionen und Ziele des Rates; gemeinsame Aktivitäten sowie Weiterbildungen und die gezielte Einbeziehung von Frauen und der Jugend seien in seiner Arbeit besonders wichtig und erfolg versprechend.

In der anschließenden Diskussionsrunde waren die Teilnehmenden aufgefordert, auf die Präsentation und die Kommentare einzugehen. Amina Ahmed aus Nigeria nutzte die Gelegenheit, um nochmals genau die Tragweite der Problematik mit Boko Haram zu verdeutlichen. Im Visier der Gruppe stünden nicht nur offensichtlich christliche und westliche Institutionen sondern auch die nigerianische Regierung, die aufgrund des Systems, welches nicht dem islamischen Konzept entspräche, schon als feindlich angesehen werde. Auch Organisationen wie die ihre, die sich für interreligiösen Dialog und Frieden einsetzten, liefen Gefahr, angegriffen zu werden.



Im Visier von Boko Haram: Amina Ahmed aus Nigeria

Sie bedauerte, dass die nigerianische Regierung sich gegen einen Dialog mit der Gruppe und für militärische Maßnahmen entschieden habe. Dies, so Ahmed, würde nur weitere gewaltvolle Akte Boko Harams provozieren.

Brüder und Schwestern

Dr. Slaa erklärte, dass religiöse Führer sich nicht den politischen Führern gegenüber als untergeordnet betrachten dürften, im Gegenteil, durch die Nähe zu den Menschen trügen sie eine ebenso große Verantwortung für deren Wohlergehen. Gleichzeitig mahnte er aber, - und hier spielte er auf die verfassungsgebende Versammlung an - die religiösen Persönlichkeiten müssten sich konsequent und angemessen zu wichtigen Themen informieren, um qualitativ hochwertige Aussagen machen zu können. Erzbischof Ndambuki aus Kenia pflichtete Slaa bei, indem er an die Verantwortung der religiösen Führer als Wächter des Friedens und der Harmonie erinnerte. Hierzu gehöre auch, Alarm zu schlagen, wenn etwas im Argen liege.

Professor Mikidadi und Alhad Musa Salum, Regionalsheikh Dar es Salaam stimmten einander zu, dass die drei großen monotheistischen Religionen einander zu ähnlich seien, um sich feindlich gegenüberzustehen. So stammten laut Judentum, Islam und Christentum alle Menschen von Adam und Eva ab und seien somit Brüder und Schwestern. Salum zitierte den Koran, der besage „wenn Gott es so gewollt hätte, wären wir alle Anhänger derselben Religion.“ Beide Sprecher verurteilten die Gewalt zwischen Muslimen und Christen.

Verantwortung für Demokratie und gute Regierungsführung

Das zweite Panel des Tages war dem Thema „Die Verpflichtung religiöser Führer für Demokratie und gute Regierungsführung“ gewidmet. In seiner Präsentation machte Professor Juma Mikidadi von der Muslimischen Universität Morogoro eines deutlich: wir sitzen alle im selben Boot. Wenn ein Land aufgrund von Konflikten und gewaltsamen Auseinandersetzungen im Chaos versinke,

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

TANSANIA

KRISTINA V. KNOBELSDORFF

Mai 2014

www.kas.de/tansania

dann versanken alle seine Bürger, ob Privatpersonen, religiöse oder politische Führer gleich mit. Daher sei es nicht nur eine Pflicht sondern läge im Interesse aller, zu Frieden, Demokratie und somit zur Entwicklung beizutragen. Leider sehe man im Alltag davon in Tansania bisher wenig. Im Gegenteil, so Mikidadi, wenn eine Seite angegriffen werde, unabhängig von wem, schaue die andere einfach weg. Wenn religiöse Führer sich für Demokratie und gute Regierungsführung einsetzen sollen, müssten sie auch in politischen Angelegenheiten ausgebildet werden, forderte der Professor. Oft mangle es den Geistlichen an Wissen und Information. Mikidadi ging noch einen Schritt weiter und stellte die Konzepte Demokratie und gute Regierungsführung in Frage. Diese müssten zumindest definiert und auf den afrikanischen Kontext angepasst werden, um Gültigkeit zu erlangen. Westliche Systeme oder das westliches Politikverständnis seien für Afrika vielleicht nicht die richtige Lösung, fügte er hinzu.

Gegenseitiges Vertrauen schaffen

Als erster Diskutant erhielt der anglikanische Erzbischof Jacob Chimeledya die Gelegenheit, den Vortrag zu kommentieren. Er wies auf den besonderen Status von Geistlichen hin, die Botschafter Gottes und daher von hohem Stand seien. Dies gelte für die Führer aller Religionen und somit verdienten sie den größten Respekt aller. Darüber seien sie sich oft jedoch selbst nicht einmal im Klaren und um sich auch im politischen Gefüge durchzusetzen und sich Gehör zu verschaffen, müsse dies geändert werden und das Selbstbewusstsein der Religionsführer gestärkt werden. Insofern stimme er Professor Mikidadis Forderung nach einer breiteren Ausbildung zu. Erst wenn Politiker die religiösen Führer ernst nähmen und sich beide Seiten gegenseitig vertrauten, könnten sie gemeinsam Einfluss auf die Stärkung von Demokratie und guter Regierungsführung nehmen.

Den akademischen Input zum Thema gab Dr. Clint LeBruyns, Direktor und Dozent an der Fakultät für Religion und Philosophie der südafrikanischen Kwazulu-Natal Universität. In Punkto Aus- und Weiterbildung pflichtete

er seinen Vorrednern bei und betonte ebenfalls die große ethische Verantwortung der Geistlichen. Die religiösen Führer sollten aber nicht nur eine Wächter- sondern gleichzeitig auch ein Partnerrolle mit den politischen Machthabern und gleichzeitig auch ihren Anhängern eingehen. Nur so könne letztlich ein Austausch stattfinden. Zudem müsse die Bevölkerung stärker in politische Prozesse und gesellschaftliche Geschehnisse einbezogen werden, denn Partizipation, so LeBruyns, sei der Schlüssel zu aktiver Bürgerschaft. Für das weitere Vorgehen müsse man sich an vier Leitfragen orientieren. Man müsse (1) identifizieren, welche Entwicklungen und Missstände es gibt; (2) warum das so sei, und welche Umstände dazu führen oder geführt haben; (3) wie die Entwicklung eigentlich aussehen sollte und (4) was getan werde und werden könnte, damit dies erreicht werden könne.



„Wächter und Partner“, Dr. Clint LeBruyns aus Südafrika

An die Basis weitergeben

Im Anschluss führte Moderator Salim Zagar durch die Plenumsdiskussion. Es wurde gefordert, dass Anhänger jeden Glaubens sich von radikalen Gruppen lossagten; so sollten Muslime in Nigeria die Taten Boko Harams öffentlich verurteilen. Es sei oft Armut, die solchen Gruppen Zulauf beschere, weil sich ihnen viele Menschen aus Verzweiflung anschlossen. Es wurde darauf hingewiesen, dass Menschen sich immer wehrten, wenn ihre Grundrechte bedroht würden. Daher müsse die Bekämpfung der Armut und der Schutz von Menschenrechten ein Hauptanliegen von Regierungen sein. Eine strikte Trennung von Politik und Religion bzw. das totale Heraushalten von religiösen Persön-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

TANSANIA

KRISTINA V. KNOBELSDORFF

Mai 2014

www.kas.de/tansania

lichkeiten aus dem politischen Geschehen müsse abgelehnt werden und im Gegenteil, die Geistlichen aller Religionen zu mehr öffentlichen Stellungnahmen aufgerufen werden. Wenn dies auch noch interreligiös gemeinsam stattfände, könne man richtig viel erreichen. Allerdings, gaben andere zu bedenken, müsse man aufpassen, dass die religiösen Vertreter sich nicht in den politischen Sumpf aus Macht und Korruption ziehen ließen.

Ein weiterer wichtiger Punkt, der angesprochen wurde, war die Weitergabe von Informationen über Entscheidungen und entsprechenden Strategien, die auf den oberen Ebenen gefällt würden, an die Menschen an der Basis. Die Ergebnisse interreligiöser Dialoge kämen dort meist gar nicht an, dabei sei die Bildung und Aufklärung ihrer Anhänger ein wichtiger Teil der Verpflichtung religiöser Führer.

Armut lindern

Zum letzten Thema des Tages, „Armutslinderung als Bedingung für Frieden und Entwicklung“, wurde schließlich Dr. Camillus Kassala, von den Christian Professionals Tansania als Referent auf das Panel gebeten; mit ihm nahmen Prof. Mikidadi, Geoffrey Kalugendo und Abdul Razaq Badru vom tansanischen Muslimrat BAKWATA, als Diskutanten Platz.

Dr. Kassala machte anhand verschiedener Definitionen von Armut und zahlreicher Beispielen aus aller Welt deutlich, dass Armut sehr unterschiedliche Ausprägungen haben kann. Er ging auf aktive Bürgerschaft und Partizipation ein; diese seien Voraussetzung für Entwicklung und somit für die Linderung von Armut und Frieden. Entwicklung dürfe dabei nicht rein als wirtschaftliches Wachstum eines Landes verstanden werden sondern nach der Definition von UNESCO auch als die Schaffung einer besseren intellektuellen, emotionalen, moralischen und spirituellen Existenz der Bevölkerung. Frieden könne nur geschaffen werden, wenn die Machtverhältnisse geregelt und ausgewogen seien. Kassala erklärte die Rolle der religiösen Führer Afrikas als eine Form von Widerstand. Widerstand gegen Materialismus und

oberflächlichen Glauben, Widerstand gegen die zu europäisch-atlantisch ausgelegte Religion der säkularen globalisierten Welt, Widerstand gegen kulturelle Passivität und gleichzeitig auch Widerstand gegen eine narzisstische, in sich gekehrte Religion, die die Gemeinschaft vernachlässige und außen vor lasse. Führer aller Religionen müssten sich vereinen und gemeinsam gegen Rassismus, Klassendenken, Gewalt, Missbrauch, Missachtung von Menschenrechten, Einschränkung von Freiheiten, Habgier und Ausbeutung aussprechen.

Armut trotz Wachstum

Geoffrey Kalugendo griff das Thema Armut in Afrika kritisch auf. Obwohl viele Regierungen das rasche Wirtschaftswachstum ihrer Länder lobten, käme davon nur sehr wenig bei der Bevölkerung an. Vom Reichtum an Bodenschätzen und der zahlreichen landwirtschaftlichen Erzeugnisse Afrikas, die in alle Welt exportiert würden sowie von den Investitionen ausländischer Unternehmen profitierten lediglich eine handvoll ohnehin schon wohlhabende Afrikaner. Die weitverbreitete Korruption tue ihr übriges. Als Weg zur Bekämpfung der Armut schlug Kalugendo weitreichende Aus- und Weiterbildungen von Führungspersonen, politisch und religiös vor.



„Rechte von Frauen stärken“, Shamim Khan von BAKWATA

Weitere Vorschläge aus dem Plenum umfassten die Stärkung von Frauen und Jugend, vor allem in ländlichen Gegenden. Gemeinschaften müssten zur Selbstbestimmung befähigt werden, um aus eigenen Kräften den Weg aus der Armut zu finden. Die große Schere zwischen Arm und Reich müsse dringend verringert und Gewinne aus

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

TANSANIA

KRISTINA V. KNOBELSDORFF

Mai 2014

www.kas.de/tansania

Ressourcen gerecht verteilt werden. Religiöse Führer tendierten bedauerlicherweise dazu, so ein Teilnehmer, den Eliten des Landes mehr Aufmerksamkeit zu schenken als den Armen. Armut wurde als ein Zusammenbruch von Beziehungen beschrieben. Zur Erreichung sozioökonomischer Ziele wurde die Umsetzung einer sozialen Marktwirtschaft vorgeschlagen.

Tag III

„Infrastrukturen für den Frieden schaffen: Erfolgreiche interreligiöse Initiativen“ - so lautete der Titel des ersten Panels des letzten Tages der Konferenz, das zu Gunsten von Best Practice Beispielen auf eine Hauptpräsentation verzichtete. Sprecher waren hierbei Professor Wilfred Mlay, von der Great Lakes Initiative, Thomas Godda, Direktor des tansanischen interreligiösen Friedensrates IRCPT, und Lusungu Mbilinyi, Jugendkoordinator des sansibarischen Interfaith Center sowie Helen Haggai and Amina Ahmed vom Tekan Peace Desk in Nigeria und Erzbischof Timothy Ndambuki vom kenianischen National Council of Churches sowie Felistas Mushi, Vorsitzende des tansanischen Komitees für die Prävention von Völkermord.

Professor Mlay erklärte, "Frieden ist nicht nur die Nicht-Existenz von Konflikten sondern auch das Vorhandensein von Gerechtigkeit und Justiz." Um Frieden zu schaffen, müsse man sich erst einmal klar machen, was man darunter verstehe, was man allgemein erreichen wolle und darauf aufbauend könne man dann eine gemeinsame Vision entstehen lassen. Damit dies möglich sei, müsse man ein gutes Verständnis dafür haben, in welchem Kontext man sich befinde. Die Great Lakes Initiative sei ein gemeinsames Projekt von Experten zu Rassismus und Genozid aus Uganda und den USA mit dem Ziel, eben diese gemeinsame Vision zu schaffen.

Thomas Godda stellte den interreligiösen Friedensrat IRCPT und einige seiner landesweiten Projekte vor. Großen Erfolg verzeichneten die VICOBAs (Village Community Banken), durch die Gemeinschaften an der Basis und in ländlichen Gebieten Einkom-

men generierende Projekte durchführen und so die wirtschaftliche Entwicklung vorantreiben könnten. Dies trüge zur Linderung von Armut, zur Sicherung von Nahrung und zum Schutz der Umwelt bei. Als weiteres Projekt des IRCPT stellte Godda die Errichtung von so genannten Interfaith Committees in allen Distrikten Tansanias vor. Diese seien vor Ort für soziale Angelegenheiten und Friedensbildung und die Stärkung von Frauenrechten zuständig. Der aktuell wichtigste Erfolg des IRCPT in Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung Tansania sei eine gemeinsame Erklärung der tansanischen religiösen Gemeinschaften gewesen, in der sie einerseits die Arbeit und das Vorgehen der verfassungsgebenden Versammlung kritisierten, andererseits Vorschläge zur Verbesserung der Situation eingebracht hätten. Eine Delegation aus religiösen Führern habe die Erklärung in der Versammlung in Dodoma vorgestellt und ausgeteilt.

Interreligiöses Fußballteam

Lusungu Mbilinyi erklärte die Arbeit des Sansibar Interfaith Center (ZIC). Ziel sei es vor allem, Christen und Muslims in gemeinsame Aktivitäten einzubinden und so die Beziehungen zwischen ihnen zu verbessern und Freundschaften entstehen zu lassen. Besonders unter den Jugendlichen auf Sansibar erziele man hier große Erfolge, was den Ansatz des Center bestätige: gerade die Jugend sei anfällig für radikale Ideen und ließen sich schneller in Konflikte verwickeln. Eine erfolgreiche interreligiöse Friedensarbeit müsse also entsprechend hier ansetzen. Zu den Projekten des ZIC gehöre zum Beispiel ein interreligiöses Fußballteam, welches, so erzählte Mbilinyi nicht ohne Stolz, zudem auch noch äußerst erfolgreich spiele, sowie ein Austauschprojekt, bei dem christliche Jugendliche 40 Stunden bei einer muslimischen Familie verbrächten und andersherum, um den Lebensstil und Alltag der anderen kennen- und dadurch besser verstehen zu lernen. In letzter Zeit würden auch verstärkt Vertreter anderer Religionen in die Projekte miteinbezogen.

Amina Ahmed, Muslimin und Helen Haggai, Christin aus Nigeria arbeiten zusammen für die Organisation Tekan Peace Desk. Ge-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

TANSANIA

KRISTINA V. KNOBELSDORFF

Mai 2014

www.kas.de/tansania

meinsam stellten sie ihre Projekte vor. Auch in Nigeria konzentrierte man sich auf die Arbeit mit Jugendlichen, besonders in ländlichen Gegenden. Durch die hohe Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen stellten sie ein potentiell Risiko dar. Tekan biete daher Ausbildungen an, um ihnen eine Perspektive zu geben, sie zu bestärken und sie so vor radikalem Einfluss zu schützen. Dem gleichen Zweck dienten auch zahlreiche Jugendclubs, die die Organisation eingerichtet habe. Ein weiterer Ansatzpunkt seien Schulen. Gemeinsam besuche man sowohl öffentliche als auch private Lehranstalten und auch Madrasas, um möglichst viele Schüler/innen und Lehrpersonen einzubinden. In vielen Schulen existierten inzwischen Peace Clubs, die sich großer Beliebtheit erfreuten. Es sei aber auch wichtig, so Helen Haggai, nicht nur zwischen den Religionen zu vermitteln sondern auch innerhalb religiöser Gemeinschaften Verständnis für Andersgläubige zu schaffen. Daher organisiere Tekan Fortbildungen und Capacity Building für religiöse Führer, um sie in ihrer Rolle als Vorbilder und Fürsprecher der Gemeinschaften zu stärken. Gemeinsam fände dann interreligiöser Dialog statt.

Selbstbewusstsein von Frauen stärken

Eine Herausforderung stelle das Gewinnen von Frauen für die interreligiösen Projekte dar, so Amina Ahmed. Viele Muslimes, aber auch Christinnen erhielten von ihren Männern nicht die Erlaubnis, an den Aktivitäten von Tekan teilzunehmen. Dabei müsse man gerade Frauen für interreligiöse Angelegenheiten sensibilisieren, da sie als Multiplikatorinnen dienten, nicht nur in ihren Familien und bei der Erziehung ihrer Kinder sondern auch im Austausch mit anderen Frauen in ihren Gemeinschaften. Daher müsse ihr Selbstverständnis und ihre Unabhängigkeit gestärkt und ihnen das nötige Selbstvertrauen gegeben werden, eigenständig Entscheidungen zu fällen. Auch in Workshop mit Männern würde dieses Thema regelmäßig diskutiert und versucht, ihnen die Wichtigkeit der Einbeziehung der gesamten Gemeinschaft nahezubringen.

Aufklärung nötig

Bischof Timothy Ndambuki aus Kenia erklärte, ein Problem seien die oft hartnäckigen Stereotype in den Köpfen der Menschen und so gebe es die Tendenz alle Anhänger eines Glaubens über einen Kamm zu scheren. Käme es dann zu einem Anschlag, zum Beispiel auf eine Kirche, würden dann Muslims angegriffen. Die Berichterstattung der Medien in Kenia verstärke die Stereotypen zusätzlich. Wichtig sei daher die Aufklärung möglichst breiter Bevölkerungsgruppen.



„Stereotypen auflösen“, Erzbischof Timothy Ndambuki aus Kenia

Felistas Mushi, vom tansanischen Komitee für die Prävention von Völkermord gab im Anschluss einen Überblick über die Entstehung und Hintergründe des Komitees, dessen Hauptaufgabe die Bewusstseinsbildung der Bevölkerung sei. Den IRCPT kenne sie gut, gemeinsam hätten sie bereits viele Workshops in verschiedenen Regionen Tansanias abgehalten. Weitere Komitees sollten auf Gemeindeebene entstehen.

Interreligiöse Erklärung

Die Abschlussitzung der Tagung widmete sich der Diskussion und Fertigstellung der gemeinsamen interreligiösen Erklärung zu Frieden, Demokratie und Entwicklung. Eine interreligiöse Arbeitsgruppe hatte sich begleitend zu den drei Konferenztagen regelmäßig getroffen und den Rahmen der Erklärung erarbeitet. Ziel war es nun, das Dokument zu formen, wo nötig zu ergänzen und es am Ende von allen Anwesenden unterzeichnen zu lassen. Die Diskussion wurde von hohen religiösen Vertretern auf dem Panel begleitet: neben Raymond Saba, Ge-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

TANSANIA

KRISTINA V. KNOBELSDORFF

Mai 2014

www.kas.de/tanzania

neralsekretär der tansanischen Bischofskonferenz TEC, saß Sheikh Suleiman Lolila, Generalsekretär des nationalen Muslimrats BAKWATA; daneben Dr. Alex Malasusa, Vorsitzender Bischof der Evangelisch-lutherischen Kirche Tansania ELCT, und Sansibars Chief Kadhi Hamis Jahi Khamis.

Auf einer Seite verpflichten sich alle Anwesenden zu zehn Punkten (s.u.). Die Erklärung soll zeitnah nicht nur den zuständigen Ministerien und dem Büro des Vizepräsidenten übergeben, sondern auch in den Medien öffentlich gemacht werden, um ihr so nachdrücklich Gültigkeit zu verleihen.

Die religiösen und politischen Führer verpflichteten sich durch ihre Unterschrift,

(1) Menschen dazu zu inspirieren, Friedensbildung, Demokratie und Entwicklung aktiv voranzutreiben und in den Gemeinschaften die Gleichheit der Geschlechter zu fördern.

(2) Die Mitglieder der Gemeinschaften dazu zu ermutigen, zwischen religiösen Menschen Brücken des Verstehens zu bauen und interreligiöse Beziehungen einzugehen.

(3) Mit politischen Führern zusammenzuarbeiten, um soziökonomische Gerechtigkeit als Bedingung für Friedensbildung herzustellen und religiösen Spannungen entgegenzuwirken, bevor sie gewalttätig werden.

(4) Allen Versuchen von Individuen oder Gruppen zu widerstehen, Religion und/oder Politik für eigene oder politische Vorteile zu missbrauchen.

(5) Alle gewalttätigen Akte gegen jede Gemeinschaft oder Gesellschaft zu identifizieren und/oder zu verurteilen.

(6) Die Regierungen und alle Akteure dazu aufzufordern, den Wortlaut und den Geist von Verfassungen zu respektieren und Religionsfreiheit zu garantieren.

(7) Die eigene Rolle als religiöse Führer für die Förderung guter Regierungsführung zu erfüllen.

(8) Interreligiöse Plattformen auf allen Ebenen aufzubauen und aufrechtzuerhalten, um Friedensbildung, Demokratie, Entwicklung und die Linderung von Armut voranzutreiben.

(9) Interreligiöses Bewusstsein in der formalen Ausbildung religiöser Führer zu fördern.

(10) Laufendes und konsequentes interreligiöses Engagement und gegenseitige Gastfreundschaft zu fördern.



**Konrad
Adenauer
Stiftung**

Impressum

Konrad Adenauer Stiftung e.V.
Auslandsbüro Tansania

Isimani Street/ Upanga
P.O. Box 6992
Dar es Salaam / Tansania

Telefon
+255 22 2153174
Email
Info.Tanzania@kas.de

